

Der Ausschuss schlägt folgende Beschlussfassung vor:

Die dem Originalprotokoll im Original beigefügte Haushaltssatzung der Stadt Schortens sowie der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2006, das Investitionsprogramm für die Haushaltsjahre 2006 – 2009 sowie das Haushaltskonsolidierungskonzept für die Haushaltsjahre 2006 – 2009 werden beschlossen.

RM Freygang erklärt, dass das Ergebnis des Haushalts 2006 insgesamt nicht zufrieden stellend sein kann. Es besteht ein Fehlbedarf von 2,017 Mio. € auf der Basis von 54 Punkten Kreisumlage, darunter ein Fehlbetrag aus 2004 in Höhe von 744.000 €. Der Schuldenstand erreicht einen Betrag von 10,5 Mio. €, was eine Pro-Kopf-Verschuldung von 496 € bedeutet. Im Jahr 2004 betrug die Pro-Kopf-Verschuldung 454 €. Der Landesdurchschnitt vergleichbarer Kommunen liegt bei 626 €. Beim Investitionsbudget wurden 1,015 Mio. € Investitionsanmeldungen in die Nachjahre verschoben. Die Darlehensaufnahme konnte somit auf 361.000 € verringert werden. Das Haushaltsjahr 2006 kommt ohne eine Nettoneuverschuldung aus. Er ist der Meinung, dass nach den bisherigen Haushaltskonsolidierungskonzepten seit 1996 weitere Reduzierungen nach den Aufgabenstellungen kaum noch realisierbar sind. Er bittet zu dem vorliegenden Haushalt um Zustimmung.

RM Sutorius spricht im Namen seiner Fraktion den Dank an die MitarbeiterInnen der Verwaltung für die geleistete Arbeit aus. Die Konsolidierungsvorschläge wurden weitestgehend umgesetzt und es sieht so aus, dass das Defizit 2006 nicht höher sein wird als 2005, was schon als Erfolg bezeichnet werden kann. Was fehlt sind Steuereinnahmen, die bundeseinheitlich weggebrochen sind. Auch ein Mehr an Gewerbesteuer bedeutet nicht gleichzeitig eine Einnahmeverbesserung, sondern eine fast gleich hohe Kürzung der Schlüsselzuweisung und Einkommensteuer. Eine Senkung der Kreisumlage wäre wünschenswert.

RM Just stellt im Namen der BfB-Fraktion zum Haushalt folgenden Antrag:

1. Da mittelfristig nicht mit zusätzlichen Bundes- und Landesmitteln zu rechnen ist, das strukturelle Defizit der Stadt Schortens mit 1,4 Mio. € oder 6 % der Ausgaben des Verwaltungshaushaltes aber relativ gering ist, in der Haushaltsabwicklung real sogar eher bei 900.000 € oder 4 % liegt, stellt sich die Stadt Schortens die Aufgabe, mittelfristig einen Haushaltsausgleich aus eigener Kraft herzustellen.
2. Die Fachbereiche und Budgetverantwortlichen werden gebeten, für ihre Bereiche ein Konzept vorzulegen, wie innerhalb von drei Jahren eine Ausgabensenkung um 6 % erreicht werden kann. Der Bürgermeister wird um ein Gesamtkonzept gebeten, wie diese Ausgabensenkung in der Summe aller Ausgaben erreicht werden kann.
3. Verwaltungsmitarbeiter, Ratsmitglieder und Bürger werden zusätzlich gebeten, Vorschläge für Ausgabensenkungen über eine anonyme Ideenbörse einzureichen.
4. Die Budgetansätze für Geschäftsausgaben werden vorab um 6 % gekürzt.

RM Just erklärt, dass er diese Angelegenheit schon im Fachausschuss angesprochen hat. Seine Fraktion ist der Meinung, dass man erwarten kann, dass ein strukturelles Haushaltsdefizit von ca. 6 % bzw. 1,4 Mio. €, dass sich in der Haushaltsabwicklung in den letzten Jahren regelmäßig reduziert hat, am Ende bei 4 % bzw. 900.000 € liegen wird. Ein Defizit in dieser Größenordnung stellt seines Erachtens kein unlösbares Problem dar, das die Stadt nicht selbst lösen kann. Man muss nicht auf die große Gemeindefinanzreform hoffen, die ohnehin nicht in Aussicht steht und die mittelfristig nicht erwartet wird. Seiner Meinung nach erfordert es nur eine Anstrengung von allen, um den Haushalt in drei Jahren auszugleichen. Dieses Ziel sollte sich die Stadt setzen und würde somit zur Entlastung von Bund und Land und zur Verbesserung der Gesamtsituation beitragen.

RM Eggerichs geht auf die Sanierung des Freizeitbades mit Kosten von 550.000 € ein und erklärt, dass es vor diesem Hintergrund für ihn unverständlich ist, dass der Antrag seiner Fraktion bezügl. Sanierung des Pavillons im Freibad mit Kosten in Höhe von 25.000 € abgelehnt wurde. Seiner Fraktion geht es nicht nur um Arbeit, sondern auch darum, der Campingplatz GmbH zu helfen, das finanzielle Minus zu vermindern bzw. Gewinne zu steigern. Im Fachausschuss gab es seinerzeit Einigkeit darüber, das freiwerdende Mittel für Arbeit oder aber für die Verminderung von Fehlbeträgen eingesetzt werden sollten. Seiner Meinung nach genügt die Einrichtung eines Stadtarchivs aber weder der einen noch der anderen Verwendungsmöglichkeit. Es bleibt unbenommen, eine solche Entscheidung zu treffen, auch wenn noch kein Konzept vorliegt. Der Weg zu dieser Entscheidung verstößt seiner Meinung nach jedoch sowohl gegen die Geschäftsordnung als auch gegen die NGO, denn in einer nichtöffentlichen Sitzung wurde unter dem TOP Anfragen und Anregungen das öffentlich beschlossene Budget ohne eine neue Sitzungsvorlage geändert. Unter Berücksichtigung des laufenden Haushaltsjahres kann der kumulierte Fehlbetrag Ende 2006 ca. 2 Mio. betragen, ein Spitzenwert in der Geschichte der Stadt Schortens. Für ihn ist nicht nachvollziehbar, dass gegen die Erhöhung der Kreisumlage protestiert wurde, man aber nicht bereit ist, sich an einer Verfassungsklage gegen die Landesregierung bezügl. der Schlüsselzuweisungen zu beteiligen. Es ist nicht bekannt, welche Beiträge die Bundesregierung zur Verbesserung der kommunalen Finanzen liefern kann und ob sich die wirtschaftliche Lage so verbessert, dass das Steueraufkommen steigt, um den Fehlbetrag mittelfristig abbauen zu können. Nach seiner Meinung wird man sich eines Tages mit dem Antrag der BfB-Fraktion hinsichtlich einer generellen Ausgabenkürzung beschäftigen müssen, und zwar in Bereichen, die die Stadt direkt beeinflussen kann. Er ist der Meinung, dass man heute aber nicht darüber beraten sollte und beantragt daher, den Antrag der BfB-Fraktion an den Fachausschuss zu verweisen. Die langfristigen Schulden liegen im Bereich von 10 Mio. €, wobei positiv die in 2006 zu erwartende Verminderung um 180.000 € zu vermerken ist. Seine Fraktion wird dem vorliegenden Haushalt zustimmen.

RM Schneider erklärt, dass ihre Fraktion dem vorliegenden Haushalt nicht zustimmen wird, da die Stadt Projekte realisiert hat, die ihrem Finanzvolumen nicht angemessen waren. Sie weist in diesem Zusammenhang auf die Dorferneuerung Accum mit Kosten von 500.000 €, den Ausbau der Memmhauser Straße mit 50.000 €, den Campingplatz, die vierjährige Verpflichtung für den Bau der landwirtschaftlichen Wege mit jährlichen Kosten von 100.000 € und die Sanierung des Freizeitbades mit 550.000 €. Ihre Fraktion

hält diese Maßnahmen für entbehrlich und bedauert, dass dafür Kredite aufgenommen werden mussten. Das Haushaltsdefizit ist in den letzten Jahren weiter gewachsen, die Verschuldung steigt. Die Sparbemühungen sind zwar zu begrüßen, aber nicht ausreichend-

BM Böhling geht auf den vorliegenden Haushalt ein und erklärt, dass für das nächste Jahr Investitionen vorgesehen sind, und zwar u. a. für die Erschließung des Neubaugebietes Klein-Ostierner-Weg, den Umbau der Olympia-Kreuzung und die Erstellung des 2. Bauabschnittes für den Regenwasserkanal Jeversche- und Bebelstraße. Hinsichtlich der Beratung über die Einrichtung eines Stadtarchivs sieht er keinen Verstoß gegen die NGO, da der Haushalt vom Rat der Stadt in öffentlicher Sitzung beschlossen wird und in diesem Haushalt ist der Betrag veranschlagt.

RM Thiesing unterstützt den Antrag von RM Eggerichs, den Antrag der BfB-Fraktion an den Fachausschuss zurückzuverweisen und schlägt vor, diesen für die Haushaltsberatung 2007 vorzusehen.

Es folgen weitere Diskussionsbeiträge der RM Knepfelkamp, Eggerichs, Just, Just, Thiesing, Freygang und BM Böhling.

RV Lahl stellt fest, dass der Antrag der BfB-Fraktion zur heutigen Ratssitzung gestellt wurde und es nicht zulässig ist, zu beschließen, diesen für das nächste Jahr an den Fachausschuss zu verweisen. Dem Vorschlag von RM Eggerichs und RM Thiesing kann nur mit Einverständnis der BfB-Fraktion gefolgt werden.

RM Just erklärt, dass er damit einverstanden ist, den Antrag an den Fachausschuss zur Beratung des Haushalts 2007 zu verweisen.

Über den Beschlussvorschlag SV 01/0855 wird wie folgt abgestimmt.

Der vorstehende Vorschlag wird mehrheitlich beschlossen.